

STATISTISCHES
BÜNDESAMT
WIESBADEN

FACHSERIE **A**

BEVÖLKERUNG UND KULTUR

Reihe 1

Bevölkerungsstand und -entwicklung

V. Staatsangehörigkeit

1969



Bestellnummer: 200150 — 69

VERLAG W. KOHLHAMMER, STUTTGART UND MAINZ

I n h a l t

	Seite
Vorbemerkung	4
Tabellenteil	
1. Erwerb und Fortbestand der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerungen und Erklärungen sowie Staatsangehörigkeitsurkunden für Deutsche 1969 nach Ländern	7
2. Aus der deutschen Staatsangehörigkeit entlassene Personen 1969 nach neuen Heimatstaaten sowie nach Ländern	7
3. Eingebürgerte Personen 1969 nach Rechtsgrund und Ländern	8
4. Erwerb und Fortbestand der deutschen Staatsangehörigkeit durch Erklärungen aufgrund des 2. und 3. StaRegG 1969 nach Ländern	12

Erschienen im April 1971

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet

Preis DM 1,-

V o r b e m e r k u n g

Der vorliegende Bericht enthält die Ergebnisse der Staatsangehörigkeitsstatistik für das Jahr 1969. Die Übersichten sind aufgrund der Erhebungen der Innenminister und -senatoren der Länder und des Bundesverwaltungsamtes zusammengestellt worden.

In den Tabellen 1, 3 und 4 werden die Personen nachgewiesen, die die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung oder Erklärung erworben haben. Im Berichtsjahr 1969 erfolgten die Einbürgerungen überwiegend aufgrund einer der drei nachfolgend im Wortlaut wiedergegebenen Bestimmungen:

Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStAG) vom 22. Juli 1913
(RGBl. S. 583), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 8.9. 1969
(BGBl. I S. 1581)

§ 8

Ein Ausländer, der sich im Inland niedergelassen hat, kann von dem Bundesstaat, in dessen Gebiete die Niederlassung erfolgt ist,¹⁾ auf seinen Antrag eingebürgert werden, wenn er

1. nach den Gesetzen seiner bisherigen Heimat unbeschränkt geschäftsfähig sein würde oder der Antrag in entsprechender Anwendung des § 7 Abs. 2 Satz 2 von seinem gesetzlichen Vertreter oder mit dessen Zustimmung gestellt wird,
2. einen unbescholtenen Lebenswandel geführt hat,
3. an dem Orte seiner Niederlassung eine eigene Wohnung oder ein Unterkommen gefunden hat und
4. an diesem Orte sich und seine Angehörigen zu ernähren imstande ist.

Vor der Einbürgerung ist über die Erfordernisse unter Nr. 2 bis 4 die Gemeinde des Niederlassungsortes und, sofern dieser keinen selbständigen Armenverband²⁾ bildet, auch der Armenverband²⁾ zu hören.

¹⁾ Hinsichtlich der Zuständigkeit der Einbürgerungsbehörden siehe §§ 17 und 27 des Gesetzes zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit vom 22. 2. 1955.- ²⁾ Jetzt "Träger der Sozialhilfe" gemäß Bundessozialhilfegesetz vom 30. 6. 1961 i.d.F. vom 18. 9. 1969.

Gesetz zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit (StaRegG)
vom 22. Februar 1955 (BGBl. I S. 65)

§ 6

(1) Wer aufgrund des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes Deutscher ist, ohne die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen, muß auf seinen Antrag eingebürgert werden, es sei denn, daß Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß er die innere und äußere Sicherheit der Bundesrepublik oder eines deutschen Landes gefährdet.

(2) Mit der Unanfechtbarkeit des die Einbürgerung ablehnenden Bescheides verliert der Antragsteller die Rechtsstellung eines Deutschen.

§ 6 Abs. 1 RuStAG i.d.F. des Artikels I des Dritten Gesetzes zur
Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit - Drittes StaRegG -
vom 19. August 1957 (BGBl. I S. 1251)

"Eine Ausländerin, die mit einem Deutschen die Ehe schließt, hat einen Anspruch auf Einbürgerung, solange die Ehe besteht und der Ehemann die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. Endet die Ehe durch Tod oder wird sie ohne Verschulden der Ehefrau geschieden, so steht der Ehefrau der Anspruch auf Einbürgerung noch bis zum Ablauf eines Jahres nach dem Tode ihres Mannes oder nach Rechtskraft der schuldlosen Scheidung zu."

Durch das Gesetz zur Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 8. September 1959 (BGBl. I S. 1581), das am 1. Januar 1970 in Kraft getreten ist, sind § 6 RuStAG und das Dritte StaRegG vom 19. August 1957 aufgehoben worden.

Bei den Einbürgerungen wird bzw. wurde ferner unterschieden nach:

1. Einbürgerungen aufgrund des § 13 RuStAG

Diese Vorschrift regelt die Wiedereinbürgerung von nicht im Inland lebenden ehemaligen Deutschen oder ihren Abkömmlingen.

2. Einbürgerungen aufgrund der §§ 8, 9 und 11 des StaRegG vom
22. Februar 1955

Nach diesen Bestimmungen können bzw. müssen deutsche Volkszugehörige, die nicht Deutsche im Sinne des Grundgesetzes sind, unter bestimmten Voraussetzungen eingebürgert werden.

3. Einbürgerungen aufgrund von § 12 des StaRegG vom 22. Februar 1955

Einen Anspruch auf Einbürgerung hatten früher deutsche Staatsangehörige, die im Zusammenhang mit Verfolgungsmaßnahmen aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 vor Inkrafttreten dieses Gesetzes eine fremde Staats-

angehörigkeit erworben haben, auch wenn sie ihren dauernden Aufenthalt im Ausland beibehalten haben. Bis zum 31. 12. 1970 stand auch den Abkömmlingen dieser Personen ein solcher Anspruch zu.

4. Einbürgerungen aufgrund von Artikel II Abs. 1 des Dritten StaRegG vom 19. August 1957

Diese Vorschrift gewährte einer Ausländerin, die zwischen dem 1. April 1953 und dem 24. August 1957 mit einem Deutschen die Ehe geschlossen hatte, einen Anspruch auf Einbürgerung; sie ist am 1. 1. 1970 außer Kraft getreten.

5. Einbürgerungen aufgrund von Artikel 116 Abs. 1 Satz 1 des Grundgesetzes (GG) vom 23. Mai 1949 (BGBl. S. 1)

Die Vorschrift besagt, daß frühere deutsche Staatsangehörige, denen zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 die Staatsangehörigkeit aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen entzogen worden ist, und ihre Abkömmlinge auf Antrag wieder einzubürgern sind.

6. Einbürgerungen aufgrund von § 1 der Verordnung zur Regelung von Staatsangehörigkeitsfragen vom 20. Januar 1942 (RGBl. I S. 40)

Nach dieser Vorschrift kann ein Ausländer auch ohne Begründung einer Niederlassung im Inland eingebürgert werden.

Durch Erklärung wurde die deutsche Staatsangehörigkeit im Berichtsjahr 1969 fast ausschließlich aufgrund der Vorschrift des § 6 Abs. 2 RuStAG i.d.F. des Artikel I des Dritten StaRegG vom 19. August 1957 erworben. Nach dieser Bestimmung, die ebenso wie das Dritte StaRegG am 1. 1. 1970 außer Kraft getreten ist, konnte eine Ausländerin oder Deutsche ohne deutsche Staatsangehörigkeit (Art. 116 Abs. 1 GG) die deutsche Staatsangehörigkeit auch dadurch erwerben, daß sie bei der Eheschließung zu Protokoll des deutschen Standesbeamten erklärte, deutsche Staatsangehörige werden zu wollen.

Das Zweite StaRegG vom 17. Mai 1956 (BGBl. I S. 431) regelt die Staatsangehörigkeitsfragen, die sich aus dem Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich im Jahre 1938 ergeben haben, und gewährt bestimmten Personen das Recht auf rückwirkenden Erwerb bzw. Wiedererwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Erklärung.

1. Erwerb und Fortbestand der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerungen und Erklärungen

sowie Staatsangehörigkeitsurkunden für Deutsche 1969 nach Ländern

Bearbeitende Dienststelle	Erwerb und Fortbestand der deutschen Staatsangehörigkeit durch				Staatsangehörigkeits- urkunden für Deutsche	
	Einbürgerungen		Erklärungen		insgesamt	darunter Staatsangehö- rigkeits- ausweise
	insgesamt	darunter ausgestellte Einbürgerungs- urkunden	insgesamt	darunter erteilte Urkun- den über Er- werb oder Fort- bestand		
Innenminister bzw. -senator des Landes, Bundesverwaltungsamt						
Schleswig-Holstein	180	121	188	-	2 727	2 518
Hamburg	644	532	197	-	3 528	2 827
Niedersachsen	911	750	658	-	4 238	3 775
Bremen	128	93	66	-	372	268
Nordrhein-Westfalen	3 525	2 590	2 260	-	9 162	7 482
Hessen	1 677	1 124	730	-	4 066	3 410
Rheinland-Pfalz	721	458	442	-	5 335	5 033
Baden-Württemberg	5 094	3 106	2 230	5	89 178	84 933
Bayern	3 595	2 568	1 887	9	156 110	152 756
Saarland	313	313	206	-	1 765	1 635
Berlin (West)	548	475	321	4	2 384	1 869
Bundesverwaltungsamt	482	428	30	-	2 417	13
Insgesamt	17 818	12 558	9 115	18	281 282	266 519

2. Aus der deutschen Staatsangehörigkeit entlassene Personen 1969 nach neuen

Heimatstaaten sowie nach Ländern

Neuer Heimatstaat	Aus der deutschen Staatsangehörigkeit entlassene Personen in (in) (durch)												
	ins- gesamt	Schles- wig- Hol- stein	Ham- burg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- west- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- württem- berg	Bayern	Saar- land	Berlin (West)	Bundes- verwal- tungs- amt
Belgien	78	-	-	3	-	28	5	5	1	1	1	7	27
Frankreich	5	-	-	-	-	-	-	-	2	1	-	1	1
Großbrit. u. Nordirl.	15	2	1	1	-	4	-	-	3	-	-	4	-
Italien	2	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-	-	-
Luxemburg	77	-	-	3	-	10	1	42	2	1	10	1	7
Niederlande	12	-	-	1	-	9	1	-	-	-	-	1	-
Österreich	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-
Polen	1	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-
Schweiz	6	-	-	1	-	3	-	-	1	1	-	-	-
Ungarn	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kanada	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vereinigte Staaten von Amerika	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatenlos	1	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-
Ungeklärt	5	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	4	-
Übrige	17	-	2	1	-	5	1	-	1	5	-	2	-
Insgesamt	221	2	3	10	1	61	9	47	11	9	11	22	35

3. Eingebürgerte Personen 1969

Personen- gruppe 1)	Einbürgerung und zwar auf Grund									
	ins- gesamt	§ 8	§ 13	§ 1 der VO vom 20.1.42 -RGBI, I S.40 -	Art. 116 Abs. 2 Satz 1 GG	§ 6	§ 8	§ 9 Abs. 1 Abs. 2		§ 11
		RuStAG				des (1.) StaRegG vom				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Schleswig										
Männer	55	41	-	-	1	13	-	-	-	-
Frauen	77	18	-	-	1	9	-	-	-	-
Jugendliche	3	-	-	-	-	3	-	-	-	-
Jugendl. u. Heranwachs.	45	45	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	180	104	-	-	2	25	-	-	-	-
Ham										
Männer	216	117	2	-	10	77	6	3	1	-
Frauen	275	54	1	-	9	77	9	3	-	-
Jugendliche	50	-	-	-	-	47	3	-	-	-
Jugendl. u. Heranwachs.	103	99	-	-	4	-	-	-	-	-
Zusammen	644	270	3	-	23	201	18	6	1	-
Nieder										
Männer	259	191	-	1	-	65	2	-	-	-
Frauen	333	84	4	1	3	63	1	-	-	-
Jugendliche	55	-	-	-	-	54	1	-	-	-
Jugendl. u. Heranwachs.	264	258	-	2	3	-	-	1	-	-
Zusammen	911	533	4	4	6	182	4	1	-	-
Bre										
Männer	35	26	-	-	-	9	-	-	-	-
Frauen	59	10	1	-	-	8	-	-	-	-
Jugendliche	8	-	-	-	-	8	-	-	-	-
Jugendl. u. Heranwachs.	26	24	-	-	2	-	-	-	-	-
Zusammen	128	60	1	-	2	25	-	-	-	-
Nordrhein										
Männer	1 206	850	4	-	16	321	9	1	-	1
Frauen	1 318	452	7	-	10	274	6	-	-	-
Jugendliche	291	-	-	-	-	283	5	-	-	-
Jugendl. u. Heranwachs.	710	702	1	-	5	-	-	2	-	-
Zusammen	3 525	2 004	12	-	31	878	20	3	-	1
Hes										
Männer	582	283	1	-	23	241	8	18	2	-
Frauen	591	120	1	-	20	167	3	18	1	-
Jugendliche	166	-	-	-	-	154	5	-	2	-
Jugendl. u. Heranwachs.	338	319	-	-	8	-	-	11	-	-
Zusammen	1 677	722	2	-	51	562	16	47	5	-
Rheinland										
Männer	233	136	13	-	8	72	3	-	-	-
Frauen	199	41	5	-	4	54	1	-	-	-
Jugendliche	94	-	-	-	-	93	1	-	-	-
Jugendl. u. Heranwachs.	195	171	21	-	3	-	-	-	-	-
Zusammen	721	348	39	-	15	219	5	-	-	-

*) Bearbeitende Dienststellen: Innenminister bzw. -senatoren der Länder, Bundesverwaltungsamt.

1) Jugendliche sind Minderjährige, die das 18. Lebensjahr, Jugendliche und Heranwachsende solche, die das 21. Lebensjahr noch nicht

rungen von			Von den Einbürge- rungen waren		Von den Eingebürgerten waren			Personen- gruppe 1)
§ 12 2)	§ 6 Abs. 1 RuStAG (i.d.F.d. Art. I des 3. StaRegG)	Art. II Abs. 1 des 3. StaRegG	Ermessens- einbürgerungen	Anspruchs- einbürgerungen	frühere deutsche Staats- ange- hörige	heimatlose Ausländer (Ges.v. 25.4.1951- BGBl. I S. 269)	ausländische Flüchtlinge nach dem Abkommen vom 28.7.1951- BGBl. II/53 S. 559 -	
22.2.1955			Spalten 2,3,4 und 8	Spalten 5-7 und 9-13				
11	12	13	14	15	16	17	18	
Meistein								
-	-	-	41	14	3	4	-	Männer
-	49	-	18	59	13	2	-	Frauen
-	-	-	-	3	-	-	-	Jugendliche
-	-	-	45	-	-	2	-	Jugendl. u. Heranwachs.
-	49	-	104	76	16	8	-	Zusammen
burg								
-	-	-	122	94	61	35	13	Männer
2	116	4	58	217	91	14	1	Frauen
-	-	-	-	50	-	-	-	Jugendliche
-	-	-	99	4	3	26	12	Jugendl. u. Heranwachs.
2	116	4	279	365	155	75	26	Zusammen
sachsen								
-	-	-	192	67	6	20	7	Männer
1	171	5	89	244	40	7	1	Frauen
-	-	-	-	55	3	-	-	Jugendliche
-	-	-	261	3	-	17	7	Jugendl. u. Heranwachs.
1	171	5	542	369	49	44	15	Zusammen
men								
-	-	-	26	9	7	-	2	Männer
-	39	1	11	48	4	2	1	Frauen
-	-	-	-	-	-	-	-	Jugendliche
-	-	-	24	10	-	-	2	Jugendl. u. Heranwachs.
-	39	1	61	67	11	2	5	Zusammen
Westfalen								
4	-	-	855	351	28	52	75	Männer
4	557	8	459	859	73	30	27	Frauen
3	-	-	-	291	3	-	-	Jugendliche
-	-	-	705	5	8	45	49	Jugendl. u. Heranwachs.
11	557	8	2 019	1 506	112	127	151	Zusammen
sen								
6	-	-	302	280	44	50	175	Männer
8	253	-	139	452	32	30	105	Frauen
5	-	-	-	166	-	-	-	Jugendliche
-	-	-	330	8	28	41	136	Jugendl. u. Heranwachs.
19	253	-	771	906	104	121	416	Zusammen
Pfalz								
1	-	-	149	84	10	14	18	Männer
1	93	-	46	153	15	2	10	Frauen
-	-	-	-	94	-	-	-	Jugendliche
-	-	-	192	3	-	4	30	Jugendl. u. Heranwachs.
2	93	-	387	334	25	20	58	Zusammen

Personen- gruppe 1)	Einbürgerung und zwar auf Grund									
	ins- gesamt	§ 8	§ 13	§ 1	Art. 116 Abs. 2 Satz 1 GG	§ 6	§ 8	§ 9		§ 11
		RuStAG	der VO von 20.1.42 -RStB.I S. 40-	des (1.) StaRegG vom		Abs. 1	Abs. 2			
						1	2	3	4	5
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Baden-										
Männer	1 850	546	2	-	10	1 249	29	3	2	-
Frauen	1 660	224	9	-	6	860	23	4	1	-
Jugendliche	897	-	-	-	-	878	12	-	3	-
Jugendl. u. Heranwachs.	687	685	-	-	-	-	-	2	-	-
Zusammen	5 094	1 455	11	-	16	2 987	64	9	6	-
Bay										
Männer	1 186	503	5	-	5	637	24	4	2	-
Frauen	1 363	262	5	-	4	496	14	4	2	-
Jugendliche	472	-	-	-	-	460	8	-	-	-
Jugendl. u. Heranwachs.	574	567	3	-	-	-	-	4	-	-
Zusammen	3 595	1 332	13	-	9	1 593	46	12	4	-
Saar										
Männer	95	72	-	-	2	19	-	-	1	-
Frauen	97	41	1	-	1	19	-	-	-	-
Jugendliche	14	-	-	-	-	13	-	-	1	-
Jugendl. u. Heranwachs.	107	107	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	313	220	1	-	3	51	-	-	2	-
Berlin										
Männer	171	85	3	-	42	31	-	-	-	-
Frauen	278	64	4	1	25	31	-	2	-	-
Jugendliche	17	-	-	-	-	12	-	-	-	-
Jugendl. u. Heranwachs.	82	63	2	-	17	-	-	-	-	-
Zusammen	548	212	9	1	84	74	-	2	-	-
Bundesver										
Männer	105	-	3	9	43	-	-	20	17	-
Frauen	342	-	5	11	29	-	-	17	15	-
Jugendliche	16	-	-	-	-	-	-	-	7	-
Jugendl. u. Heranwachs.	19	-	3	1	15	-	-	-	-	-
Zusammen	482	-	11	21	87	-	-	37	39	-
Insgesamt										
Männer	5 993	2 850	33	10	160	2 734	81	49	25	1
Frauen	6 592	1 370	43	13	112	2 058	57	48	19	-
Jugendliche	2 083	-	-	-	-	2 005	35	-	13	-
Jugendl. u. Heranwachs.	3 150	3 040	30	3	57	-	-	20	-	-
Insgesamt	17 818	7 260	106	26	329	6 797	173	117	57	1

*) Bearbeitende Dienststellen: Innenminister bzw. -senatoren der Länder, Bundesverwaltungsamt.

1) Jugendliche sind Minderjährige, die das 18. Lebensjahr, Jugendliche und Heranwachsende solche, die das 21. Lebensjahr noch nicht erreicht haben.

nach Rechtsgrund und Ländern *)

Personengruppen			Von den Einbürgerungen waren		Von den Eingebürgerten waren			Personengruppe 1)
von			Ermessens- Anspruchs einbürgerungen		frühere deutsche Staatsangehörige	heimatlose Ausländer (Ges. v. 25.4.1951-BGBI. I S. 269)	ausländische Flüchtlinge nach dem Abkommen vom 28.7.1951-BGBI. II/53 S. 559-	
§ 12 2)	§ 6 Abs. 1 RuStAG (i.d.F.d. Art. I des 3. StaRegG)	Art. II Abs. 1 des 3. StaRegG	Spalten 2,3,4 und 8	Spalten 5-7 und 9-13				
22.2.1955								
11	12	13	14	15	16	17	18	
Württemberg								
9	-	-	551	1 299	37	79	62	Männer
4	524	5	237	1 423	95	29	15	Frauen
4	-	-	-	897	3	-	-	Jugendliche
-	-	-	687	-	1	59	67	Jugendl.u.Heranzwachs.
17	524	5	1 475	3 619	136	167	144	Zusammen
ern								
6	-	-	512	674	22	108	52	Männer
8	560	8	271	1 092	113	46	11	Frauen
4	-	-	-	472	7	-	-	Jugendliche
-	-	-	574	-	1	104	48	Jugendl.u.Heranzwachs.
18	560	8	1 357	2 238	143	258	111	Zusammen
land								
1	-	-	72	23	15	3	10	Männer
-	27	8	42	55	27	-	13	Frauen
-	-	-	-	14	1	-	-	Jugendliche
-	-	-	107	-	-	5	9	Jugendl.u.Heranzwachs.
1	27	8	221	92	43	8	32	Zusammen
(West)								
10	-	-	88	83	56	6	6	Männer
15	136	-	71	207	77	3	1	Frauen
5	-	-	-	17	-	-	-	Jugendliche
-	-	-	65	17	-	3	1	Jugendl.u.Heranzwachs.
30	136	-	224	324	133	12	8	Zusammen
waltungsamtsamt								
13	-	-	32	73	47	-	-	Männer
12	242	11	33	309	36	-	-	Frauen
9	-	-	-	16	-	-	-	Jugendliche
-	-	-	4	15	-	-	-	Jugendl.u.Heranzwachs.
34	242	11	69	413	83	-	-	Zusammen
samt								
50	-	-	2 942	3 051	336	371	420	Männer
55	2 767	50	1 474	5 118	616	165	185	Frauen
30	-	-	-	2 075	17	-	-	Jugendliche
-	-	-	3 093	65	41	306	361	Jugendl.u.Heranzwachs.
135	2 767	50	7 509	10 309	1 010	842	966	Insgesamt

vollendet haben. - 2) I.d.F. des Art. III des 3. StaRegG v. 19.8.1957.

4. Erwerb und Fortbestand der deutschen Staatsangehörigkeit durch Erklärungen auf

Grund des 2. und 3. StaRegG 1969 nach Ländern*)

Personen- gruppe 1)	Erklärungen auf Grund			Erteilte Urkunden über den	
	des 2. StaRegG vom 17.5. 1956	von		Erwerb der deutschen Staatsange- hörigkeit (§§ 3-5)	Fortbestand der deutschen Staatsange- hörigkeit (§ 6)
		§ 6 Abs. 2 RuStAG (i.d.F. des Art. I des 3. StaRegG)	Art. II Abs. 2 des 3. StaRegG		
Schleswig-Holstein					
Männer	-	-	-	-	-
Frauen	-	188	-	-	-
Jugendliche	-	-	-	-	-
Jugendliche und Heranwachsende	-	-	-	-	-
Zusammen	-	188	-	-	-
Hamburg					
Männer	-	-	-	-	-
Frauen	-	197	-	-	-
Jugendliche	-	-	-	-	-
Jugendliche und Heranwachsende	-	-	-	-	-
Zusammen	-	197	-	-	-
Niedersachsen					
Männer	-	-	-	-	-
Frauen	-	658	-	-	-
Jugendliche	-	-	-	-	-
Jugendliche und Heranwachsende	-	-	-	-	-
Zusammen	-	658	-	-	-
Bremen					
Männer	-	-	-	-	-
Frauen	-	66	-	-	-
Jugendliche	-	-	-	-	-
Jugendliche und Heranwachsende	-	-	-	-	-
Zusammen	-	66	-	-	-
Nordrhein-Westfalen					
Männer	-	-	-	-	-
Frauen	-	2 260	-	-	-
Jugendliche	-	-	-	-	-
Jugendliche und Heranwachsende	-	-	-	-	-
Zusammen	-	2 260	-	-	-
Hessen					
Männer	-	-	-	-	-
Frauen	-	730	-	-	-
Jugendliche	-	-	-	-	-
Jugendliche und Heranwachsende	-	-	-	-	-
Zusammen	-	730	-	-	-
Rheinland-Pfalz					
Männer	-	-	-	-	-
Frauen	-	442	-	-	-
Jugendliche	-	-	-	-	-
Jugendliche und Heranwachsende	-	-	-	-	-
Zusammen	-	442	-	-	-

4. Erwerb und Fortbestand der deutschen Staatsangehörigkeit durch Erklärungen auf
Grund des 2. und 3. StaRegG 1969 nach Ländern *)

Personen- gruppe 1)	Erklärungen auf Grund			Erteilte Urkunden über den	
	des 2. StaRegG vom 17. 5. 1956	von		Erwerb der deutschen Staatsange- hörigkeit (§§ 3-5)	Fortbestand der deutschen Staatsange- hörigkeit (§ 6)
		§ 6 Abs. 2 RuStAG (i.d.F. des Art. I des 3. StaRegG)	Art. II Abs. 2 des 3. StaRegG		
Baden-Württemberg					
Männer	2	-	-	-	2
Frauen	1	2 230	-	1	-
Jugendliche	2	-	-	2	-
Jugendliche und Heranwachsende	-	-	-	-	-
Zusammen	5	2 230	-	3	2
Bayern					
Männer	4	-	-	4	-
Frauen	3	1 887	-	3	-
Jugendliche	2	-	-	2	-
Jugendliche und Heranwachsende	-	-	-	-	-
Zusammen	9	1 887	-	9	-
Saarland					
Männer	-	-	-	-	-
Frauen	-	206	-	-	-
Jugendliche	-	-	-	-	-
Jugendliche und Heranwachsende	-	-	-	-	-
Zusammen	-	206	-	-	-
Berlin (West)					
Männer	3	-	-	3	-
Frauen	1	321	-	1	-
Jugendliche	-	-	-	-	-
Jugendliche und Heranwachsende	-	-	-	-	-
Zusammen	4	321	-	4	-
Bundesverwaltungsamt					
Männer	-	-	-	-	-
Frauen	-	30	-	-	-
Jugendliche	-	-	-	-	-
Jugendliche und Heranwachsende	-	-	-	-	-
Zusammen	-	30	-	-	-
Insgesamt					
Männer	9	-	-	7	2
Frauen	5	9 215	-	5	-
Jugendliche	4	-	-	4	-
Jugendliche und Heranwachsende	-	-	-	-	-
Insgesamt	18	9 215	-	16	2

*) Bearbeitende Dienststellen: Innenminister bzw. -senatoren der Länder, Bundesverwaltungsamt.

1) Jugendliche sind Minderjährige, die das 18. Lebensjahr, Jugendliche und Heranwachsende solche, die das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.